

des wachsenden antiimperialistischen Kampfes in Westdeutschland.“

Vor zwei Jahren noch ging es in gewerkschaftlichen Kämpfen in erster Linie oder ausschließlich um einzelne soziale Forderungen oder um die Abwehr einzelner reaktionärer Maßnahmen. Den Studenten wiederum ging es nur um Probleme der Hochschulreform, den Bauern um die landwirtschaftlichen Preise und Absatzmöglichkeiten.

Heute wenden sich Arbeiter, Studenten, Schüler, Bauern und Geistesgeschaffene in wachsendem Maße gegen das zutiefst ungerechte, historisch überlebte gesellschaftliche System in der Bundesrepublik, gegen die Herrschaft einer kleinen Minderheit, die ihre grenzenlose ökonomische Macht gegen die Volksmehrheit mißbraucht. Die Erkenntnis reift bei diesen aktiven demokratischen Kräften, daß die Wurzel allen Übels in der restaurierten imperialistischen Macht- und Besitzstruktur liegt.

So treten die fortgeschrittensten Gewerkschafter, und vor allem die Arbeiterjugend, nicht nur gegen die Folgen der kapitalistischen Strukturkrisen und der Rationalisierung und Automatisierung auf, sondern sie fordern entscheidenden Einfluß auf Staat und Wirtschaft, umfassende Mitbestimmung in den Betrieben und die Überführung beispielsweise der Ruhrzechen in Gemeineigen-

tum. Die politisch aktivsten Studenten begnügen sich längst nicht mehr mit Aktionen für eine Hochschulreform, sondern fordern Veränderungen des gesellschaftlichen Systems als Voraussetzung für wirklich demokratische Reformen und echte Freiheit der Wissenschaft. Ausdruck dafür ist die symbolische Umbenennung von Universitäten in „Karl-Marx-Universität“, ist auch das Entstehen sozialistischer Schülergemeinschaften oder der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend in Westdeutschland.

Das Interesse für die Ideen des Marxismus, für marxistische Literatur, ist außerordentlich gestiegen. Aber nicht nur für die Ideen, auch für die marxistische Praxis: für unsere sozialistische DDR, die auf allen Gebieten zeigt, wie die Probleme, mit denen der Kapitalismus nicht fertig wird^s und auch nicht fertig werden kann, demokratisch unter Mitwirkung des ganzen Volkes gelöst werden — angefangen vom modernen Bildungssystem über die genossenschaftliche Landwirtschaft bis zur sozialistischen Rationalisierung mit den Menschen und für die Menschen. Es ist kein Zufall, daß die Forderung nach Anerkennung der DDR heute Bestandteil des Programms fast aller Gruppen der außerparlamentarischen Opposition ist, auch zum Beispiel des Gesamtverbandes aller Studenten, des VDS.

nungsumfragen — objektiv die Interessen des ganzen Volkes wahrnimmt, darf man nicht aus dem Auge verlieren, daß sie organisatorisch noch sehr zersplittert, daß sie rein zahlenmäßig noch klein ist. Ihr fehlt ein anerkanntes und legales Führungszentrum.

Zudem herrschen unter den verschiedenen Gruppierungen viele politische und ideologische Unklarheiten. Keineswegs alle Notstandsgegner in den Gewerkschaften führten beispielsweise ihren Kampf gegen jegliche Notstandsvollmachten. Viele setzten sich lediglich für „bessere“, „demokratischere“ Notstandsgesetze ein — und gingen damit schon zur Hälfte den Manövern der SP-Führer auf den Leim.

Oder nehmen wir die Bewegung der Studenten. In ihr entwickeln sich viele neue, wirksame Formen des politischen Kampfes, die helfen, die regierungsamtlliche Mauer des Totschweigens kleiner oppositioneller Bewegungen zu durchbrechen. Aber andererseits wirken nach wie vor anarchistische und antikommunistische Tendenzen auch auf solche studentische Gruppen ein, die — wie der SDS — ehrliche Gegner des kapitalistischen Systems, ja Anhänger eines sozialistischen Weges sind. Das führt zur Isolierung solcher Gruppen von ihren potentiellen Bundesgenossen an den Universitäten, in den Gewerkschaften und unter der Intelligenz — und gelegentlich auch zu unüberlegten Aktionen gegen die DDR. Hier macht sich das Fehlen einer legalen marxistisch-leninistischen Kampfpartei bemerkbar, die dem Kampfesmut und Elan Richtung und Ziel zu geben vermag. Gerade weil die westdeutsche Großbourgeoisie eine solche Partei fürchtete, verbot sie „vorsorglich“ im August 1956 die KPD.

Zersplitterung und ideologische Unklarheiten

Die Kraft und politische Reife der demokratischen außerparlamentarischen Opposition hat also zugenommen. Auch die Tendenz zur Zusammenarbeit der verschiedenen Gruppierungen ist gewachsen. Betriebsräte und Gewerkschafter unterstützen vielfach die Forderungen der Studenten und umge-

kehrt erkennen die fortgeschrittensten Studenten immer besser die Notwendigkeit, gemeinsam mit den Arbeitern zu kämpfen. Aber über der aufopferungsvollen und mutigen Aktivität der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik, die — das zeigen Mei-